

LAGEBILD ANTISEMITISMUS 2015 DER AMADEU ANTONIO STIFTUNG

Antisemitismus stellt für die körperliche Unversehrtheit von Jüdinnen und Juden ebenso wie für die demokratische Kultur eine große Bedrohung dar. Aus Sicht der Amadeu Antonio Stiftung hat diese Bedrohung in den letzten Jahren zugenommen. Mit diesem Lagebild will die Stiftung eine Einschätzung des aktuellen Antisemitismus darlegen, für die damit verbundenen Gefahren sensibilisieren und Diskussionen anregen, wie pädagogische und politische Reaktionen aussehen könnten.

1. ESKALATION IN NAHOST

= STEIGENDER ANTISEMITISMUS

Antisemitische Gewalt und antisemitische Äußerungen im öffentlichen Raum sind immer stark überproportional wahrnehmbar, wenn Israel sich in militärischen Auseinandersetzungen befindet. Dies war auch im Sommer 2014 sehr spürbar. Die antisemitische Welle des Sommers war in der Öffentlichkeit erneut mit dem schon fast ritualisierten Erschrecken darüber verbunden, dass es in Deutschland noch Antisemitismus gibt. Dem folgte, sobald die Welle abgeebbt war, das fast ebenso ritualisiert anmutende schnelle Vergessen der antisemitischen Vorfälle. Im letzten Lagebild haben wir konstatiert: Die „Zurückhaltung sich öffentlich antisemitischer Argumentationen zu bedienen bricht seit wenigen Jahren zunehmend auf“. Diese besorgniserregende Entwicklung hat sich in diesem Jahr noch einmal auf erschreckende Art beschleunigt.

WAS TUN: Dem gilt es – politisch wie pädagogisch – entgegenzuwirken. Untersuchungen belegen, dass Antisemitismus in allen gesellschaftlichen und politischen Spektren behemtet ist. Dementsprechend müssen auch all diese Spektren zielgruppenspezifisch Bestandteil antisemitismuskritischer Arbeit sein. Pädagogische Maßnahmen sind während einer Eskalation in Nahost viel schwieriger als wenn andere Themen die Nachrichten beherrschen. Deshalb bedarf es einer langfristigen präventiven Auseinandersetzung mit Antisemitismus, an die während einer Eskalation in Nahost angedockt werden kann. Zudem müssen Lehrer_innen und Pädagog_innen so geschult werden, dass sie in der Lage sind mit den Jugendlichen auch während einer Eskalation im Nahostkonflikt oder anderer Ereignisse der Weltpolitik (Syrien, terroristische Anschläge in Paris etc.) die drängenden Fragen der Jugendlichen im Unterricht oder im Jugendclub im Geiste einer demokratischen Kultur zu behandeln – entweder selber oder durch kurzfristig eingeladene Expert_innen. Sonst suchen die Jugendlichen woanders ihre Antworten und bedienen sich häufig, einfacher Erklärungsmuster, vielfach verbunden mit einem antisemitischen Weltbild.

2. KEIN IMPORTIERTER ANTISEMITISMUS

Die antisemitischen Demonstrationen im Sommer 2014 waren kein Import von Antisemitismus, wie häufig unterstellt wird. Vielfach wurde behauptet, dass der Antisemitismus

von muslimisch-sozialisierten und/ oder muslimisch markierten Communities nichts mit einem europäischen Antisemitismus gemein habe. Der Antisemitismus dieser Communities sei vielmehr via arabischer und islamistischer Satelliten-TV-Sender nach Deutschland importiert worden und daher ausschließlich Ausdruck eines islamisierten Antisemitismus, der in keiner Interaktion mit der Lebensrealität in Deutschland stehe.

Demosprüche wie „ Hamas, Hamas – Juden ins Gas“ haben jedoch eben nicht ihren Bezugspunkt im Koran, sondern in der deutschen Geschichte. Die bei vielen beliebte Importthese hat für den nicht-muslimisch-sozialisierten Teil der deutschen Gesellschaft etwas sehr verlockendes. Es bietet die Chance den Antisemitismus auf eine eindeutig identifizierte Gruppe abzuschieben und so einer Beschäftigung mit dem eigenen Antisemitismus aus dem Weg zu gehen. Für einen Teil der Gesellschaft bietet es zudem den willkommenen Anlass den eigenen Rassismus politisch zu legitimieren.

Es gilt daher, die unterschiedlichen Manifestationen von Antisemitismus der letzten Jahre im öffentlichen Raum zu differenzieren, aber auch Gemeinsamkeiten und Verwobenheit herauszuarbeiten. Eine wichtige Gemeinsamkeit ist, dass es sich allesamt um antisemitische Ausdrucksformen der deutschen Gesellschaft handelt.

WAS TUN: Antisemitismus muss als gesamtgesellschaftliches Problem wahrgenommen werden und ein gegenseitiges Ausspielen der unterschiedlich von Diskriminierung betroffenen Gruppen verhindert werden. Der Antisemitismus einer muslimisch-sozialisierten Community darf nicht losgelöst von deren Rassismus- und Diskriminierungserfahrungen diskutiert werden. Antisemitismus darf aber

auch nicht mit Diskriminierungserfahrungen entschuldigt werden.

3. DAS ENDE DER ANTISEMITISCHEN UMWEGKOMMUNIKATION?

Die letzten Jahre haben gezeigt: Antisemitische Äußerungen werden meist nicht offen, sondern über Umwege geäußert, damit sie nicht sofort als Antisemitismus zu erkennen sind. Häufig geschieht dies als vermeintliche Kritik am Kapitalismus oder eben an Israel. Dies wird als antisemitische Umwegkommunikation bezeichnet. Die Leute drücken ihren Antisemitismus also mehr oder weniger verklausuliert in antisemitischen Kommentaren über Israel aus. Einigen Personen ist ihr Antisemitismus gar nicht bewusst. Andere benutzen die Umwegkommunikation hingegen sehr bewusst als Strategie, um dem eigenen Antisemitismus ohne gesellschaftliche Ächtung Ausdruck verleihen zu können. Dass Israel sich für die Umwegkommunikation so anbietet ist nur möglich, da kein Staat in Deutschland so in der öffentlichen Kritik steht wie Israel. (Dies haben zuletzt Untersuchungen der Antisemitismusforscherin Monika Schwarz-Friesel belegt, siehe "Die Sprache der Judenfeindschaft im 21. Jahrhundert" von Monika Schwarz-Friesel und Jehuda Reinharz).

Wichtig, auch und gerade aus pädagogischer Sicht, ist zu beachten, dass Ungleichwertigkeitsideologien stets eine Funktion haben für die Personen die diese äußern – so ist es auch beim Antisemitismus. Die Funktionen beim aktuellen Antisemitismus sind durchaus unterschiedlich, häufig geht es aber der „deutschen Mehrheitsgesellschaft“ nach wie vor darum allgemein die deutsche oder speziell die eigene persönliche Nazi-Vergangenheit zu entsorgen bzw. zu relativieren. Bei Günter Grass ist dies sehr deutlich zu erkennen gewesen.

Die sonst so verbreitete antisemitische Umwegkommunikation war bei den Gaza-Demonstrationen anfänglich kaum wahrzunehmen. Vielmehr waren eindeutig antisemitische Schlachtrufe zu vernehmen, wie es sie wohl seit Gründung der Bundesrepublik auf deutschen Straßen nicht gegeben hat: „Hamas, Hamas – Juden ins Gas“, „Scheiß Jude, brenn!“ oder „Jude, Jude feiges Schwein, komm heraus und kämpf allein“ sind einige der widerwärtigsten Sprechchöre gewesen. Dass solche Parolen teilweise von der Polizei und Staatsanwaltschaft nicht als volksverhetzend eingestuft wurden, ist skandalös und ein Beleg, wie wenig staatliche Stellen für Antisemitismus sensibilisiert sind.

Diese Parolen wurden weitestgehend von Personen mit familiärer Migrationserfahrung aus der Konfliktregion und den angrenzenden Gebieten gerufen. Diese Schlachtrufe sind alles andere als eine Umwegkommunikation – sie sind das Gegenteil. Dass die beschriebene Personengruppe sich wenig der antisemitischen Umwegkommunikation bedient hat, mag an verschiedenen Gründen liegen. Umwegkommunikation hat – wie beschrieben – häufig eine Entlastungsfunktion in Bezug auf die deutsche Geschichte. Da die (Ur-) Großelterngeneration der Personengruppe, die sich so explizit antisemitischer Parolen bedient hat, im Regelfall keine Nazis waren, ist eine Umwegkommunikation scheinbar nicht von Nöten. Aus diesem Grund bedient sich diese Personengruppe auch in ihrer Alltagskommunikation viel weniger der antisemitischen Umwegkommunikation als die deutsche Mehrheitsgesellschaft dies tut.

Diese Nicht-Nutzung machte es für die Öffentlichkeit vermeintlich einfach zu bestimmen, wer sich antisemitisch äußert und wer nicht. Dies führt fatalerweise noch mehr dazu, dass diejenigen, die die Umwegkommunikation beherrschen, sich als nicht-antisemitisch, son-

dern reflektiert und kritisch inszenieren können. Dies wird die Debatte, wo Kritik endet und Antisemitismus beginnt, eher noch erschweren als vereinfachen.

WAS TUN: Es ist wichtig antisemitische Umwegkommunikation als eine Form von Antisemitismus zu benennen. In der pädagogischen Auseinandersetzung muss die Funktion hinter antisemitischen Äußerungen thematisiert werden. Einer Hierarchisierung in „akzeptable“ und „nicht-akzeptable“ antisemitische Kommunikation muss entgegnet werden.

4. ANNÄHERUNG DES ANTISEMITISMUS IN VIRTUELLER UND PHYSISCHER WELT

Viele der antisemitischen Sprüche und Parolen, die im Juli 2014 für eine kurze Antisemitismus-Debatte gesorgt haben, sind inhaltlich nicht neu. Vielmehr sind sie seit Jahren an der Tagesordnung – allerdings in dieser drastischen Form bislang nur in Sozialen Netzwerken. Hierin sehen wir einen der wesentlichen Qualitätsunterschiede zu früheren antiisraelischen Demonstrationen. Die Grenze der Verlautbarungen zwischen virtuellem Raum und physischer Welt verschwindet.

Diese dargestellten Formen von massenkompatiblen antisemitischen Schlachtrufen sind neu. Sie gab es bei früheren antiisraelischen Demonstrationen, wenn überhaupt, nur vereinzelt. Der ehemals vorhandene Qualitätsunterschied, was Personen weitgehend anonym oder im Freundeskreis im Internet äußern und was im öffentlichen Raum geäußert wird, schwindet zusehends.

WAS TUN: Antisemitismus in der virtuellen Welt muss auch im pädagogischen Kontext viel stärker berücksichtigt werden. Daher gilt es Pädagog_innen und Lehrer_innen für Antisemitismus in der Online-Welt zu sensibilisieren und einen kritischen Umgang mit Medien viel stärker im pädagogischen Kontext einzu-

bauen. Die Trennung in physische und Online-Welt ist nicht länger aufrecht zu erhalten. Phänomene aus der Online-Welt tauchen in immer schnellerer Halbwertszeit in Form von Demonstrationen oder Kampagnen in der physischen Welt auf. Politische und pädagogische Programme müssen viel stärker den Zusammenhang von physischer und Online-Welt berücksichtigen.

5. ANTISEMITISMUS – ISLAM – IDENTITÄTSPOLITIK

Wir stellen zudem fest, dass die antiisraelischen Demonstrationen religiöser aufgeladen sind. Es gab kaum Demonstrationen, auf denen nicht immer wiederkehrende und häufig von großen Teilen der Demonstrationen gerufene „Allahu Akbar“-Rufe ertönten. Auf einige Demonstrationen liefen Männer- und Frauenblöcke getrennt. Die religiöse Aufladung trägt neben der Emotionalisierung durch Kriegsbilder zu einer starken Polarisierung bei. Auf sich differenziert äußernde Muslim_innen, aber auch Säkulare, wurde starker Druck ausgeübt, teils mit Morddrohungen. Diese waren oft verbunden mit der Forderung eindeutig Partei zu ergreifen. Andererseits sah man auf Demonstrationen trotz Gebetszeit kaum betende Menschen. Dies alles zeigt, dass der Bezug zum Islam einerseits zwar ein wichtigerer Bestandteil in antiisraelischer und antisemitischer Agitation geworden ist, andererseits dieser Bezug auf den Islam weitestgehend kein tiefverwurzelt-religiöser ist, sondern viel eher Ausdruck einer Identitätspolitik. Bestandteil derselben Identitätspolitik ist auch der Antisemitismus.

Auch in der Jugendarbeit stellen wir schon seit längerem fest, dass insbesondere die muslimische Identität für Jugendliche wichtiger wird – dies hat auch mit (diskriminierenden) Zuschreibungen aus der nicht-muslimischen Mehrheitsgesellschaft zu tun. Auch hier wird

einerseits gerne Bezug auf den Islam und zum Teil auch auf den Koran genommen. Diese Bezugnahme ist jedoch zumeist oberflächlich, denn vielfach kennen sich Jugendliche weder tiefgreifend im Islam und seinen vielfältigen Strömungen aus, noch haben sie je große Teile oder überhaupt Auszüge des Korans gelesen. Dies bietet auch für Islamist_innen vielfältige Agitationsmöglichkeiten, denn sie können daran andocken, dass für viele Jugendliche aus muslimisch-sozialisierten Milieus der Islam zwar einerseits wichtig ist, andererseits Jugendliche aber kaum Wissen darüber haben. So fällt es Islamist_innen leicht ihre Sichtweise, verbunden mit einem einfachen, auch antisemitischen Weltbild, zu vermitteln. Dieses Weltbild erklärt Jugendlichen auch, warum scheinbar „die Muslime“ stets „die Opfer“ sind und was dagegen zu tun ist. Hier knüpfen sie an vielfältige Diskriminierungserfahrungen von Jugendlichen an und machen einfache Welterklärungen und Lösungsansätze für sie sehr attraktiv.

Bei den Demonstrationen waren auch viele Migrant_innen vertreten, die keinen direkten Familienbezug in die Konfliktregion haben, vor allem Personen mit türkischen Familienbezügen. Die Türkei war von Regierungsseite her lange Jahre ein wichtiger Bündnispartner Israels. In der Bevölkerung wurde diese Partnerschaft nicht im breiten Maße geteilt. Spätestens seit der Gaza-Flottille nimmt die türkische Regierung öffentlich nun eine gegenteilige Position ein, eine anti-israelische, in Teilen auch eine offen antisemitische Rhetorik. Diese Kursänderung schlägt sich auch zunehmend auf den Straßen in Deutschland nieder. Wenn der türkische Präsident Erdogan Israel als schlimmer als Hitler bezeichnet, müssen seine Anhänger_innen in Deutschland sich nicht mehr in ihrer Ablehnung gegen Israel und Juden in Zurückhaltung üben, wie dies früher z.T. für sie notwendig war.

WAS TUN: Diskriminierungserfahrungen von Muslim_innen und/oder migrantischen Familienbezügen müssen ernst genommen werden und Bestandteil einer antisemitismuskritischen Auseinandersetzung sein. Die Exklusion von Muslim_innen aus der deutschen Gesellschaft und eine Einteilung in „Deutsche oder Muslim_innen“ muss aufgebrochen werden. Antisemitische Positionierungen und Äußerungen müssen entschieden entgegnet werden und dürfen nicht im Zuge eines falsch verstandenen Antirassismus als nachvollziehbar akzeptiert werden. In die Bildungsarbeit oder im Schulunterricht müssen verstärkt gläubige Muslim_innen einbezogen werden, die eigene Diskriminierungserfahrungen und Rassismus in der deutschen Gesellschaft thematisieren, aber antisemitischen Weltdeutungsangeboten demokratisch-pluralistische Weltanschauungen entgegenstellen.

6. ANTISEMITISMUS VON LINKS

In vielen Städten zeigt sich bei Demonstrationen, dass kein Thema so gut in der Lage ist politische Gräben zu negieren, wie es das Thema Israel verbunden mit einem antisemitischen Weltbild schafft. Das erschreckende aus unserer Sicht ist, dass dies vielfach keinen politischen Skandal darstellt, wenn beispielsweise Teile der Linkspartei auf denselben Demonstrationen mitlaufen, an der sich auch Neonazis beteiligen. Debatten um eine solche Querfront oder um antisemitische Vorfälle werden dann von den Beteiligten in antisemitischer Manier als gezieltes Ablenkungsmanöver Israels eingestuft.

Wie auch schon bei der Debatte um Antisemitismus bei den Querfront - Montagsdemonstrationen, wird vielfach auch nach antisemitischen Aktionen auf oder ausgehend von antiisraelischen Demonstrationen der Antisemitismus negiert. Wenn dieser nicht zu leugnen ist, wird er oft als gezielt gesteuerte Aktion

von Agents Provocateurs des Verfassungsschutzes dargestellt. Auch hier bleibt die Argumentation wieder im antisemitischen Weltbild verhaftet: „Die Zionisten“ steuern den deutschen Geheimdienst und wollen von eigenen Taten ablenken. Dies schließt an alte orthodox-marxistische Vorstellungen an, Antisemitismus bzw. der Antisemitismusvorwurf sei stets ein Herrschaftsinstrument zur Spaltung der Arbeiterklasse bzw. generell einer vermeintlich herrschaftskritischen Bewegung, wie aktuell der „Free-Gaza-Bewegung“. Hier zeigt sich, dass die größtenteils medial geführten Antisemitismusdebatten kaum bis gar nicht bei den Protagonist_innen zu einer Reflexion geführt haben.

Im Nachklang des Gaza-Krieges 2014 versuchten einige Bundestagsabgeordnete der Linkspartei das, was bislang fast nur von rechtsextremer Seite versucht wurde: Gedenktage an die Verbrechen des Nationalsozialismus antisemitisch umzudeuten. Am 9. November luden sie gemeinsam mit israelfeindlichen Gruppen, aber auch der deutschen Sektion der renommierten und mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichneten NGO „Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in sozialer Verantwortung e.V.“ (IPPNW) zu einer Veranstaltung in die Berliner Volksbühne ein. Dort sollten Referenten auftreten, die Israel mit der Terrororganisation Islamischer Staat (IS) gleichsetzen, israelische Soldaten als „Judäo-Nazis“ bezeichnen oder den auch in Israel vorhandenen Rassismus mit der Ideologie und den Verhältnissen des Nationalsozialismus nahezu gleichsetzen, durch Ausdrücke wie „AfriKristallnacht“.

Diese Veranstaltung ausgerechnet am 9. November stattfinden zu lassen, spricht Bände. Sie zeigt aber auch sehr deutlich den Unterschied im Antisemitismus von Personen aus einem weitestgehend linken bis linksintellek-

tuellen Milieu und jenen Personen, die überwiegend muslimisch sozialisiert wurden und während des Gaza-Krieges ihren Antisemitismus ausgelebt hatten.

Die Linken überlassen es - zwar nicht ausschließlich aber häufig - Juden, dem Staat Israel das Existenzrecht direkt oder indirekt abzuspochen, indem sie ihn mit dem Nationalsozialismus in einem Atemzug benennen und teils gleichsetzen. Viele muslimisch sozialisierte Gaza-Demonstrant_innen hingegen posaunten ihre Vernichtungswünsche gegen Israel offen aus. Die Methode einiger Linker ist geschickter, zudem auch weitaus wirkungsmächtiger und gefährlicher. Denn sie stößt auf breite gesellschaftliche Zustimmung (der Aussage „Israel führt einen Vernichtungskrieg gegen die Palästinenser“, mit der Israel in die Nähe des Nationalsozialismus gerückt wird, stimmen fast 40% der Deutschen zu) und wird häufig nicht als Antisemitismus wahrgenommen. Dass auch diese gesuchte Provokation am 76. Jahrestag der Reichspogromnacht zu keinen ernsthaften innerparteilichen Konsequenzen führte, lässt in der Zukunft keine Kursänderung oder ein Verstummen von diesem Flügel der Linkspartei erwarten – eher im Gegenteil.

WAS TUN: In der öffentlichen Wahrnehmung wird vielfach unterschieden, von wem eine antisemitische Äußerung kommt, um diese dann zu bewerten. Äußerungen aus dem Spektrum von Neonazis werden schneller als antisemitisch erkannt und dementsprechend verurteilt, als dies aus einem linken Spektrum geschieht. Jedoch sollten die antisemitische Aussage und nicht etwaige unterstellte „gute Absichten“ der Sprecher_innen im Fokus der Auseinandersetzungen stehen.

Es macht Sinn auf innerlinke Debatten zum Antisemitismus zu verweisen. Dies kann ver-

deutlichen, dass eine Positionierung, beispielsweise zum Nahostkonflikt, aus politisch linker Sicht auch ohne Antisemitismus auskommt (im Gegensatz zu rechtsextremer Ideologie), aber in der Lage ist Antisemitismus klar zu benennen.

Sich nicht auf solche vielfach vorhandene Kritik zu berufen, nur weil es der eigenen Extremismustheorie entgegensteht, schadet der Kritik des Antisemitismus wesentlich.

7. ANTISEMITISMUS IM NAMEN DER MENSCHENRECHTE

Seit Jahren ist der Antisemitismus besonders dann mehrheitsfähig, wenn er im Namen der Menschenrechte daherkommt. Hierbei fungieren die Menschenrechte jedoch lediglich als Deckblatt für antisemitische Weltanschauungen. In den letzten Jahren hatten wir dies insbesondere am Antisemitismus aus der Mitte der Gesellschaft. Festgemacht werden kann dies an den Debatten um das Israel-Gedicht von Günter Grass, der Kolumne von Jakob Augstein und der sog. „Beschneidungsdebatte“. Diese Debatten sind zudem Symptom als auch Katalysator für eine stark abnehmende Soziale Ächtung von Antisemitismus im öffentlichen Raum.

Im Sommer 2014 kamen die offenen antisemitischen Äußerungen hingegen insbesondere, aber nicht ausschließlich, aus einem muslimisch-migrantischen Milieu im Zuge der Gaza-Demonstrationen. Diese offen antisemitischen Demonstrationen, mit teilweise aus ihnen herausgegangenen Hetzjagden auf Jüdinnen und Juden und Übergriffen auch auf israelolidarische Personen, stellen eine lang als überwundene gegoltene Qualität des Judenhasses in Deutschland dar. Auch hier dienten oft die Menschenrechte schablonenhaft, selbst bei Übergriffen, als nach außen getragene Rechtfertigung für den Judenhass.

WAS TUN: Antisemitismus und (Anti-) Rassismus müssen in politischen wie pädagogischen Kontexten zusammengedacht, besprochen und mit einander bearbeitet werden. Es herrscht immer noch der Irrglaube vor, wer rassistisch ist, sei auch automatisch antisemitismuskritisch.

8. DIE EXTREME RECHTE ALS HAUPTAKTEUR DER STRAFBAREN FACETTEN DES ANTISEMITISMUS

Bei den antisemitischen Demonstrationen im Sommer 2014 hat die extreme Rechte eine eher untergeordnete Rolle gespielt. Verbunden damit hat sie auch in der anschließenden Debatte um die Akteur_innen des Antisemitismus eine Nebenrolle gespielt. Dabei wurde und wird leicht übersehen, dass jeder Naziaufmarsch auch immer ein Aufmarsch von Antisemit_innen ist, von denen es jedes Jahr hunderte in Deutschland gibt.

Mit Parolen wie 2013 beim Aufmarsch in Bad Nenndorf: „BRD, Judenstaat – wir haben Dich zum Kotzen satt“, Redebeiträge mit Aussagen wie „Das ist Deutschland – das ist unser Land – nicht das Land der Juden“ (11.05.14 Kundgebung der rechtsextremen Partei „Die Rechte“ in Dortmund) oder der parlamentarischen Anfrage der neonazistischen Partei „Die Rechte“ im Stadtrat von Dortmund, wie viele und wo Juden in der Stadt leben, zeigt, dass die rechte Szene immer wieder auslotet, wie weit sie gehen darf. Daher ist es auch für sie immer ein Erfolg, wenn die Grenzen des Sagbaren eben durch Demos, wie wir sie in diesem Sommer erleben mussten, ausgeweitet werden.

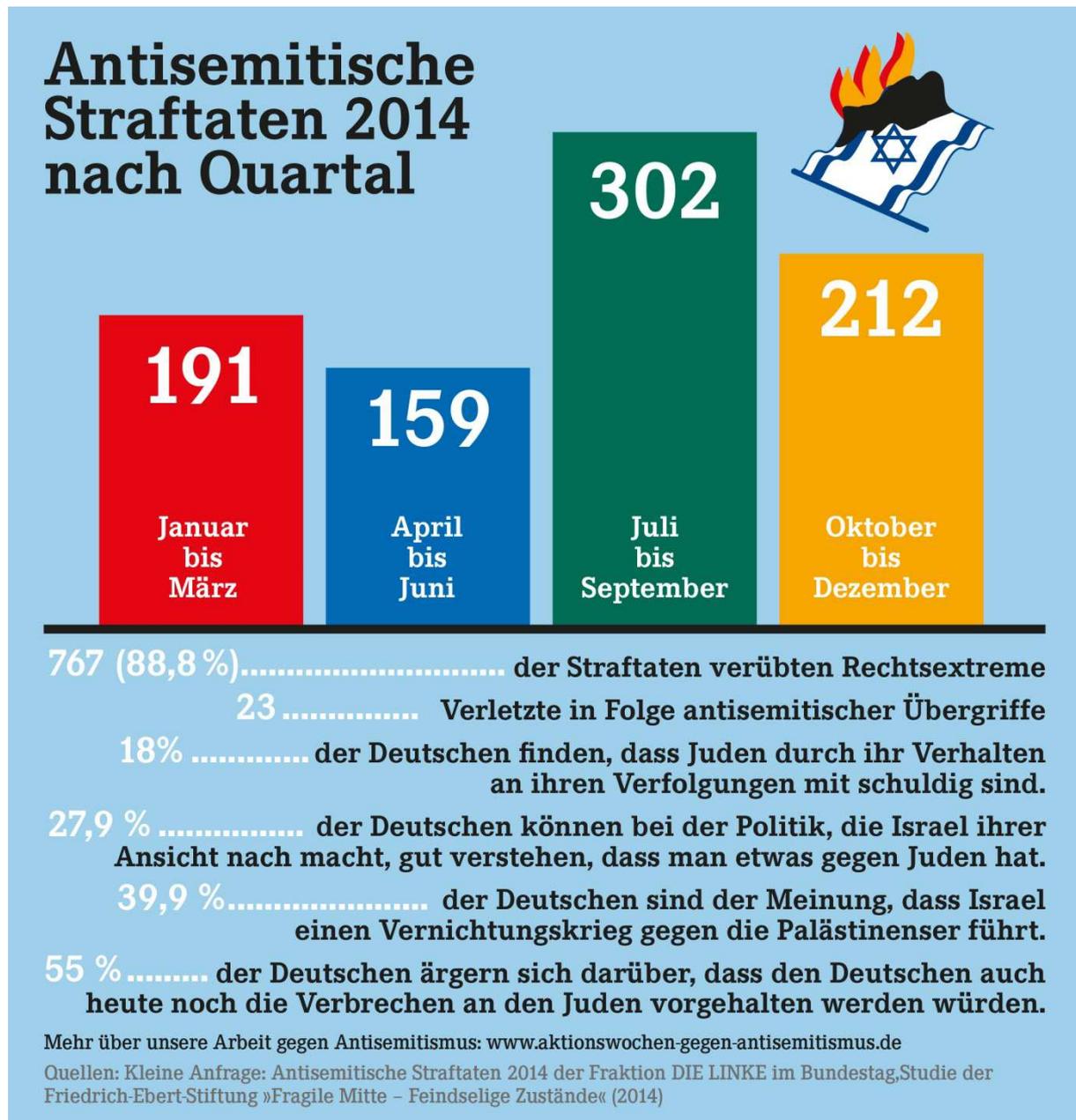
Dass die Neonazis immer noch die Hauptträger der strafbaren Facetten des Antisemitismus in Deutschland sind, zeigt auch ein Blick in die Kriminalstatistiken und unsere Chronik antisemitischer Vorfälle. In der Chronik für

2014 sind beispielsweise bis auf zwei Vorfälle in Ostdeutschland (ohne Berlin) alle auf die rechtsextreme Szene als Tätergruppe zurückzuführen.

Auch im Rest Deutschlands sind, abgesehen von den Vorfällen im Zuge des Gaza-Krieges, der absolut größte Anteil der aufgelisteten Vorfälle der rechtsextremen Szene zuzurechnen. Dieses Bild bestätigt auch die offizielle Kriminalstatistik. Laut dieser verüben Rechtsextreme mit weitem Vorsprung die meisten antisemitischen Straftaten – auch während des Gaza-Krieges. In dieser Zeit registrierte der Staatsschutz doppelt so viele antisemitische Delikte von rechts wie sonst üblich. Dies belegt auch, dass Neonazis sehr gezielt antisemitische Stimmungen im Land ausnutzen und gezielt mit anheizen. Hierbei muss aber auch betont werden, dass es sich bei vielen dieser strafbaren Handlungen um Delikte wie Volksverhetzung, sprühen von Hakenkreuzen etc. handelt.

Untersuchungen aus Berlin legen nahe, dass zumindest in bestimmten Regionen in Deutschland Übergriffe auf Juden vorwiegend von Personen aus einem muslimisch-sozialisierten Milieu begangen werden. Deshalb ist es auch sinnvoll Kriminalstatistiken sehr differenziert zu beleuchten.

WAS TUN: Wenn über Antisemitismus geredet wird, wird immer weniger über Rechtsextreme geredet. Dies, obwohl Antisemitismus notwendiger und integraler Bestandteil rechtsextremer Ideologie ist. Deren Antisemitismus stellt 365 Tage im Jahr eine tödliche Gefahr dar. Deshalb darf eine Debatte über andere Träger_innen antisemitischer Einstellungen nicht zu einem Nachlassen pädagogischer und politischer Maßnahmen gegen Rechtsextremismus führen.



9. AFD, PEGIDA: RECHTSPOPULISMUS UND ANTISEMITISMUS

Seit Jahren versuchen national-konservative bis rechtsextreme Gruppierungen eine „Rechte ohne Antisemitismus“ zu etablieren. Die Gruppen agitieren in einem Spannungsfeld zwischen Rassismus und Antisemitismus. Sie versuchen aus strategischen Gründen ihre rassistischen und nationalistischen Einstellungen zu betonen, in dem sie gegen Muslim_innen und Flüchtlinge hetzen. Die Protagonist_innen glauben, mit einer rassistischen

Hetze politisch erfolgreicher zu sein, als mit einer antisemitischen. Häufig geschieht dies auch mit einer vermeintlichen Verteidigung des „christlich-jüdischen Abendlandes“.

Besonders stark ist dies seit dem Herbst 2014 im Rahmen der sog. Pegida-Bewegung zu beobachten gewesen. Äußerungen auf Pegida- und Legida-Demonstrationen von Mitgliedern der AfD zeigen jedoch wie stark der Antisemitismus neben dem Rassismus bei ihnen verankert ist und dass bei ihnen Rassismus und

Antisemitismus Bestandteil der eigenen Ideologie sind. Nicht unerwähnt bleiben darf in diesem Zusammenhang, dass rechtspopulistische Kräfte Antisemitismus unter Immigrant_innen für ihre eigene Zwecke versuchen zu missbrauchen. Unter dem Vorwand gegen Antisemitismus aktiv zu sein, hetzen sie generell gegen Muslim_innen und Immigrant_innen. Dass diese rassistische Strategie durchaus erfolgreich sein kann, zeigen sich insbesondere in Frankreich unter Marine LePen und in den Niederlanden unter Geert Wilders.

WAS TUN: Rechtsextreme Positionierungen sind in Deutschland nach wie vor ohne Antisemitismus nicht denkbar. Jeder Form von Ungleichwertigkeitsideologie muss entschieden entgegengetreten werden. Es darf keine Hierarchisierung zwischen den verschiedenen Ungleichwertigkeitsideologien geben.

10. ANTISEMITISMUS DER DEMOKRATISCHEN MITTE

Der offene Antisemitismus von rechts und noch viel stärker der im Zuge des Gaza-Krieges aus überwiegend muslimisch-sozialisierten Milieus verlaubliche Antisemitismus ist der in der öffentlichen Wahrnehmung am stärksten präsente Ausdruck von Judenhass in Deutschland. Dies hat auch damit zu tun, dass die benannten sozialen Gruppen ihren Antisemitismus direkt ‚herausbrüllen‘ und sich - wie dargestellt - seltener einer Umwegkommunikation bedienen. Es wäre jedoch ein Fehler, den Antisemitismus aus der Mitte der Gesellschaft losgelöst vom Antisemitismus dieser Gruppen zu betrachten. Im Gegenteil, sie sind Bestandteil einer unheilvollen antisemitischen Allianz.

Es hat sich auch in diesem Sommer gezeigt, dass antisemitische Stimmungen und Verharmlosungen auch aus der Mitte der Gesellschaft häufig Mitverursacher antisemitischer

Gewalt sind. Täter_innen fühlen sich häufig durch antisemitische Diskurse in der Öffentlichkeit ermutigt diese in Gewalt gegen Sachen oder Personen umzusetzen. Daher gilt es insbesondere die Mitte der Gesellschaft nicht aus den Augen zu verlieren. Schon 2004 stellte das Bielefelder Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung fest, dass 90% der Deutschen, die Israel in ihrer Befragung ohne antisemitische Zuschreibungen kritisierten, in weiteren Fragen antisemitischen Aussagen zustimmten.

Also nur 10% der Deutschen die Israel kritisieren, kommen demnach ohne antisemitische Argumentationsmuster aus (vgl. Zick, Andreas/Küpper, Beate (2007): Antisemitismus in Deutschland und Europa. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 31/2007). Dies vermittelt, wie verbreitet Antisemitismus in Deutschland ist. Dieses Zusammenspiel ist leider auch vielfach im Alltag zu beobachten. Wir bekommen verstärkt mit, dass jüdische Eltern sich darüber Sorgen machen, wo sie ihre Kinder zur Schule schicken können und ob diese sich dort als Juden zu erkennen geben sollten.

Es sind keine Einzelfälle, dass jüdische Schüler_innen von Neonazis oder vom Jugendlichen aus muslimisch-sozialisierten Milieus bedroht und teils attackiert wurden. Solche Fälle werden häufig von den Lehrer_innen, Eltern und Polizei nicht ernst genommen. Oftmals wird den jüdischen Schüler_innen sogar eine Mitschuld, Übersensibilität und Hysterie vorgeworfen. Gepaart mit diesen Vorwürfen fallen zum Teil erneut antisemitische Äußerungen gegenüber den betroffenen Schüler_innen.

WAS TUN: Es muss untersucht werden, wie stark Antisemitismus strukturell in Deutschland verankert ist. Jüdinnen und Juden müssen in Kommissionen, wie der Antisemitismus-

Expert_innenkommission des Bundestages einbezogen werden. Jüdische Stimmen dürfen nicht im öffentlichen und wissenschaftlichen Diskurs, wie vielfach auch Shoa-Überlebende, als übersensible unsachliche Stimmen diskreditiert werden. Die Bekämpfung von Antisemitismus in der Mitte der Gesellschaft muss wesentlicher Gegenstand bei Maßnahmen in Politik und Pädagogik sein. Wenn es einen Anti-antisemitischen Konsens in der demokratischen Mitte der Gesellschaft gäbe, könnten Antisemit_innen ihre Weltanschauung nicht derart verbreiten und ausleben wie sie es tun.

11. QUERFRONT-MONTAGSKUNDGEBUNGEN

Mit den sogenannten Montagsdemonstrationen 2014 gab, und gibt es in Teilen noch, eine seit langem mal wieder breite, wahrnehmbare Querfront-Mobilisierung, die Personen mit linksradikalem Selbstverständnis über Personen der politischen Mitte bis hin zu NPD-Kadern vereint. Auch wenn die Mobilisierungskraft der Kundgebungen stark nachgelassen hat, sind diese weiter sehr ernst zu nehmen. Denn bei den Montagsdemonstrationen zeigt sich, dass antisemitische Welterklärungen der Kitt sind, der dieses sonst sehr heterogen und gegeneinander agierende politische Spektrum zusammenbringt.

Antisemitismus ist derzeit - vielleicht neben der Islamfeindlichkeit - als einzige Ungleichwertigkeitsideologie in Deutschland in der Lage solche Querfrontverbindungen längerfristig zusammenzuhalten. Andere Ungleichwertigkeitsideologien wie Rassismus, Sexismus und Homophobie sind zwar auch in breiten gesellschaftlichen Schichten verankert, auch in der Querfrontbewegung, jedoch dienen sie im Zweifelsfall eher als Abgrenzungsbegründung zu anderen politischen Spektren, denn als einende Klammer.

Dies ist beim Antisemitismus anders. Zwar wird im Regelfall bestritten antisemitisch zu sein, jedoch beruhen die Hauptpositionen der Querfront-Montagsdemonstrationen auf einem Welterklärungsmodell, welches viele Anknüpfungspunkte zu Antisemitismus bietet - in Teilen sogar offen antisemitisch ist. Inhärent ist diesem Weltbild u.a. der Manichäismus, also einer klaren Einteilung der Welt in Gut und Böse. In der Vorstellungswelt der Querfront-Bewegung sind „die Guten“ klar in der Mehrheit (anknüpfend an das Leitmotto der Occupy-Bewegung: „Wir sind die 99 %“). Entscheidend ist jedoch, dass nach dieser Ansicht die „böse Minderheit“, eine Elite bestehend aus 1 % der Weltbevölkerung, die Welt regiert und den Rest der Menschheit unterdrückt. Die Instrumente dieser Elite seien die Presse, die sie beherrschen und das Kapital (Börse, Banken). Hierbei wird das amerikanische Zentralbanksystem, das Federal Reserve System (FED) und die Rothschild-Bank hervorgehoben. Diese hätten seit 1910 alle Kriege der Welt vom Zaun gebrochen. Eins zu eins werden hier antisemitische Verschwörungsvorstellungen zur Grundlage ihrer Weltanschauung. In der Absicht diese zu verschleiern, wird meist versucht, jedoch nicht immer durchgehalten, Juden nicht direkt zu beschuldigen die Welt zu regieren.

Die verschwörungsideologische Szene ist seit Jahren im Internet sehr präsent. Wer sich mittels Internet-Suchmaschinen über das Finanzsystem oder die Anschläge vom 11. September 2001 informieren will, stößt ohne Probleme und sehr schnell auf vermeintlich kritische, aber in Wirklichkeit verschwörungsideologisch aufgeladene Seiten. Die Querfront-Montagsdemonstrationen bieten für diese Szene den erwünschten Anknüpfungspunkt mit ihren Anschauungen auch außerhalb des Internets eine breite Plattformen zu haben.

Diese Anknüpfungen gehen bis weit in den politischen Mainstream.

Die Querfrontbewegung auf deutschen Straßen stellt auch unter Beweis, dass es wichtig ist Internetphänomene, wie eben die Querfrontbewegung, aus der die Montagsdemonstrationen maßgeblich entstanden sind, ernst zu nehmen. Das Internet ist nach wie vor der Ort über den Menschen, insbesondere auch Jugendliche am schnellsten oder oft auch erstmals mit solcher Ideologie und antisemitischen Welterklärungen in Berührung geraten. Dass Parolen aus dem Netz auch den Weg auf deutsche Straßen finden, hat der Sommer 2014 auf erschreckende Art belegt.

WAS TUN: Die Beschäftigung mit diesen Facetten der Sozialen Netzwerke muss ein wesentlicher Bestandteil in der politischen Bildung und Jugendarbeit werden.

Querfront-Bewegungen sind ein verlässlicher Gradmesser der Defizite im demokratischen Diskurs. Unzufriedenheiten werden mit Hilfe einfacher Welterklärungen zum Ausdruck gebracht. Die Unzufriedenheiten müssen ernst genommen werden, politisch wie pädagogisch muss aber immer die demokratische Kultur als Gradmesser für Lösungskonzepte gelten.

FAZIT

Nach dem antisemitischen Sommer ist vor dem antisemitischen Sommer ...

Eine Sensibilität für den täglichen Antisemitismus gibt es in Deutschland nicht. Die täglichen Beleidigungen, Äußerungen und Einschüchterungsversuche behalten die Betroffenen im Regelfall für sich – wie es auch bei

anderen Formen der Menschenfeindlichkeit der Fall ist. Dadurch entstehen sogenannte Angsträume, infolgedessen Jüdinnen und Juden bestimmte Orte und Stadtteile meiden. Antisemitismus äußert sich eher selten in strafrechtlich relevanten Taten. Und selbst diese geschehen im Regelfall ohne dass die Öffentlichkeit davon Notiz nimmt.

Beispiel Berlin: 2013 ereigneten sich hier 195 registrierte antisemitische Straftaten. Die Polizei informierte in lediglich 16 Fällen die Öffentlichkeit darüber in Form einer Pressemeldung. So kann die nicht betroffene Öffentlichkeit so tun, als sei das Thema Antisemitismus mit dem Ende des Gaza-Krieges auch in Deutschland erst einmal erledigt. Gerade aber die Phasen in denen der Nahostkonflikt in den Medien keine große Rolle spielt, sind wichtige Zeitpunkte präventiver Arbeit gegen Antisemitismus. Daher bedarf es sehr großer zivilgesellschaftlicher und staatlicher Anstrengungen, damit bei der nächsten größeren Eskalation in Nahost die deutsche Gesellschaft nicht wieder völlig überrascht wird von einer neuen antisemitischen Welle.

WAS TUN: Auch 2015 wird die Amadeu Antonio Stiftung Partnerinnen und Partner einladen, sich an den bundesweiten „Aktionswochen gegen Antisemitismus“ zu beteiligen, um sich zu vernetzen, aufzuklären und zu informieren!



UNTERSTÜTZEN SIE INITIATIVEN GEGEN ANTISEMITISMUS

Die Amadeu Antonio Stiftung tritt für eine Gesellschaft ein, in der Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus keinen Platz haben. Wir glauben, dass man gegen Menschenfeinde am wirksamsten mit Initiativen und Projekten vor Ort angehen kann:

Seit 2003 organisiert die Amadeu Antonio Stiftung daher die **AKTIONSWOCHEN GEGEN ANTISEMITISMUS**. Sie ist die bundesweit größte Kampagne gegen Antisemitismus: Mit knapp 400 Veranstaltungen in über 90 Städten beteiligen sich jährlich über 170 Organisationen, Schulen, Jugendzentren und jüdische Gemeinden. Vielfältiges Engagement ist nur mit Initiativen möglich, die sich dauerhaft engagieren und die für eine demokratische Kultur und den Schutz von Minderheiten eintreten. Für sie und ihr Handeln wollen wir Öffentlichkeit schaffen, ihnen mit Rat und Tat oder auch finanzieller Unterstützung zur Seite stehen. In den letzten 15 Jahren hat die Stiftung bundesweit über 850 lokale Initiativen gefördert. Es ist uns ein wichtiges Anliegen, die Engagierten dauerhaft zu ermutigen, Öffentlichkeit für ihre Situation zu schaffen, und sie zu vernetzen.

Der Namensgeber der Stiftung, Amadeu Antonio, wurde 1990 von rechtsextremen Jugendlichen im brandenburgischen Eberswalde zu Tode geprügelt, weil er Schwarzer war. Er war eines der ersten von heute fast 200 Todesopfern rechtsextremer Gewalt seit dem

Fall der Mauer. Die Amadeu Antonio Stiftung wird unter anderem von der Freudenberg Stiftung unterstützt und arbeitet eng mit ihr zusammen. Die Stiftung ist Mitglied im Bundesverband Deutscher Stiftungen und hat die Selbstverpflichtung der Initiative Transparente Zivilgesellschaft unterzeichnet.

KONTAKT

Amadeu Antonio Stiftung

Linienstraße 139

10115 Berlin

Telefon: 030. 240 886 10

Fax: 030. 240 886 22

info@amadeu-antonio-stiftung.de



www.amadeu-antonio-stiftung.de



www.facebook.com/AmadeuAntonioStiftung



www.twitter.com/AmadeuAntonio

SPENDENKONTO

GLS Gemeinschaftsbank eG

BLZ 430 609 67

Konto-Nr. 600 500 0000

BIC GENODEM1GLS

IBAN DE32 4306 0967 6005 0000 00

Bitte geben Sie bei der Überweisung eine Adresse an, damit eine Spendenbescheinigung zugeschickt werden kann.